

Thema der Hausarbeit

Rumäniens Sonderweg

Eine Analyse der rumänischen Politik im Machtbereich der Sowjetunion in den
Jahren 1944-1970

Verfasser: Sven Panthöfer

I. Einleitung.....	3
II. Von 1944 bis Stalins Tod 1953.....	3
III. Von Stalins Tod bis zum Abzug der sowjetischen Truppen 1958.....	5
IV. Vom Abzug der sowjetischen Truppen bis zum neuen Feundschaftsvertrag mit der UdSSR 1970.....	8
1. Wirtschaftliche Konflikte.....	9
2. Rumäniens Rolle im Chinesisch-sowjetischen Konflikt.....	12
3. Rumänischer Nationalkommunismus in Kultur und Bildung.....	13
4. Beziehungen Rumäniens zum Westen, zum Nahen Osten und den Prager Ereignissen 1968.....	15
V. Schlussbetrachtung.....	18
Literatur.....	21

Abkürzungen:

KGB – Komitet Gossudarstwennoj Besopastnosti (der russische Geheimdienst)

KP – Kommunistische Partei

KPdSU – Kommunistische Partei der Sowjetunion

RAP – Rumänische Arbeiterpartei

RGW (auch Comecon) – Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

RKP – Rumänische Kommunistische Partei

RVR – Rumänische Volksrepublik

I. Einleitung

In den 50er und 60er Jahren lehnte sich die Bevölkerung einiger Länder des sowjetischen Herrschaftsbereichs gegen ihre repressive Regierung auf: 1953 in Ost-Berlin, 1956 in Ungarn und Polen. Aber auch Regierungen wie die unter Tito 1948 und unter Alexander Dubček 1968 distanzieren sich von Moskau. In Berlin, Budapest und Prag wurden diese Massenbewegungen mit sowjetischen Panzern blutig bekämpft.

Dass es einen rumänischen Sonderweg gab, ist bekannt. Es handelte sich allerdings um eine Entwicklung, die nicht vom Volk, sondern von der Regierung ihren Ausgangspunkt nahm, zeitweise aber auch großen Rückhalt in der Bevölkerung hatte. Wann begann dieser Sonderweg und hatte er wirklich eine Westöffnung des Landes zum Ziel, wie es westeuropäische Beobachter lange behaupteten? Warum unterband Moskau diese Entwicklung nicht militärisch? Die vorliegende Hausarbeit will versuchen diese Fragen zu erhellen. In der Literatur wurde dieses Thema nur selten bearbeitet, so dass es auch nur wenig verwertbares Material gibt. Besonders hilfreich für diese Arbeit war Kunzes Ceaușescu-Biographie ¹, die Dissertation von Gerd Frickenhelm ², und einige Artikel aus den Zeitschriften Osteuropa, Europa-Archiv und Ost-Probleme der 60er und 70er Jahre; letztere erwiesen sich für die Arbeit als sehr hilfreich. Rumänische Literatur, auch wenn sie in deutscher Sprache erhältlich ist, war für diese Thematik nicht benutzbar. In den mir zugänglichen Arbeiten der rumänischen Historiographie wird sich mit dem rumänischen Sonderweg der 50er bis 70er Jahre nicht kritisch auseinandergesetzt.

II. Von 1944 bis Stalins Tod 1953

Die Koalition mit Hitler-Deutschland zerbrach durch den Sturz des faschistischen Generals Antonescu durch König Mihai am 23. August 1944 – unterstützt von der im „Block der Demokratischen Parteien“ zusammengefassten Bauernpartei, den Liberalen, den Sozialisten und Kommunisten. Daraufhin marschierte die Rote Armee

¹ Kunze, Thomas: Nicolae Ceaușescu. Eine Biographie, Berlin 2000.

² Frickenhelm, Gerd: Die Rumänische Abweichung. Eine Beschreibung und Analyse ihrer Entstehung, Münster 1990.

in Rumänien ein und besetzte das Land. Am 12. September wurde der Waffenstillstand mit den Alliierten geschlossen.

Die rumänischen Kommunisten hatten verglichen mit anderen kommunistischen Parteien der sowjetischen Satellitensaat sehr geringen Einfluss im eigenen Land. 1944 war die Partei – gegründet 1921 – ein Zusammenschluss von etwa 1000 Personen. Im Angesicht des Einmarschs der Sowjetunion öffnete sich die Partei für die ehemaligen Mitglieder der rechtsextremistischen „Eisernen Garde“ und gewann so schnell an Mitgliedern und politischem Gewicht³.

Unter sowjetischem Druck wurde im März 1944 eine Regierung unter dem parteilosen Petru Groza eingerichtet. Die Kommunisten besetzten im Hintergrund die wichtigen Ämter. Dies war für den faktisch noch amtierenden König Mihai unannehmbar, so dass er eine weitere Zusammenarbeit mit der Regierung ablehnte. Am 30. Dezember 1947 wurde der König von den Kommunisten abgesetzt, und am selben Tag wurde die Volksrepublik Rumänien ausgerufen.

Schon seit der Rückkehr der während des Krieges im sowjetischen Exil ausharrenden rumänischen Kommunisten um Anna Pauker, die hohes Vertrauen Stalins besaß, deutete sich ein innerparteilicher Machtkampf mit denen im Land verbliebenen Kommunisten um Gheorghe Gheorghiu-Dej an. Um der Partei zu mehr Rückhalt in der Bevölkerung zu verhelfen, wurde der aus dem Arbeitermilieu stammende Gheorghiu-Dej zum Generalsekretär der Partei gewählt. Schnell hatte auch er das Vertrauen Stalins sicher: der Sturz der Monarchie, die Liquidation der nichtkommunistischen Parteien und das Ausschalten unliebsamer Kritiker waren seine „Verdienste“.

Die Stalinisierung in Politik und Wirtschaft unterschied sich grundsätzlich nicht von der in anderen Staaten des sowjetischen Machtbereichs. Doch griffen die Kommunisten in Rumänien besonders hart und rücksichtslos gegen alles durch, das ihnen im Weg stand. Da ihnen weiterhin eine breite Basis in der Bevölkerung fehlte, war ihre Macht nur mit einem Höchstmaß an Terror zu halten und auszubauen. Im April 1948 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die die Grundlage für Terror, Unterdrückung und Enteignung bildete. Die Industriebetriebe, Bergwerke, Banken und Versicherungen und das Transportwesen wurden verstaatlicht, die Bildung sowjetisiert und ideologisiert und der Geheimdienst Securitate eingerichtet. Erst 1949

³ Valentin Toma: Rumänien zwischen Rebellion und Integration, in: Europa-Archiv. Beiträge und Berichte, Jg. 18, 1963, S. 811

wurde beschlossen, die Landwirtschaft zu kollektivieren (dauerte bis 1962 an). Über das Land verteilt, wurden etwa 120 Gefängnisse, Straf- und Arbeitslager eingerichtet. Zwischen 1949 und 1952 wurden etwa 10.000 rumänische Familien und etwa 5.000 Familien der deutschstämmigen Siebenbürger Sachsen in die Bărăgan-Tiefebene mit der „Verpflichtung zur Wohnsitznahme“ deportiert. 1950 wurde auf Anordnung Stalins mit dem Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals begonnen.⁴ Der Tod Stalins am 5. März 1953 war der erste Schritt zur Beendigung einer Epoche, die über den gesamten Ostblock Jahre des Terrors gebracht hatte. In Rumänien gedachte man dem sowjetischen Führer mit Militäraufmärschen und Schweigeminuten. Sichtbare Kurskorrekturen und Liberalisierungen kamen in den Folgejahren nur zögerlich voran – besonders in Rumänien.

III. Von Stalins Tod bis zum Abzug der sowjetischen Truppen 1958

Der Tod Stalins ließ sämtliche Führer der Ostblockstaaten kurzzeitig erzittern. Alle hatten ihren Aufstieg und die Verfestigung ihrer Macht Stalin zu verdanken. Die Nachfolge trat Nikita Chruschtschow an. Er erkannte zwar die Notwendigkeit von Reformen, an einer grundlegenden Änderung des totalitären Regimes war ihm jedoch nicht gelegen. Moskau forderte von seinen Satellitenstaaten

„kollegiale Führungsorgane, das Zurückfahren der Gewalt gegenüber der Bevölkerung, die Reduzierung von Investitionen im Industriesektor, ein Steigen der Konsumgüterproduktion, die Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung, das Bremsen der Landwirtschaftskollektivierung sowie mehr innerparteiliche Demokratie in den kommunistischen Parteien.“⁵

Für die Bukarester Führung wäre die Umsetzung dieser Ziele einem schweren Machtverlust gleichgekommen. Gheorghiu-Dej konnte sich mit der neuen Linie Moskaus nicht identifizieren und bezeichnete die Politik des Kremls im kleinen Kreis als „oberflächlich und überhastet“⁶ Die Gefahr eines „Aufbruchs von unten“ war den Regierungsmitgliedern durchaus bewusst: Auf einer Sitzung des Ministerrates im Mai 1953 warnte der stellvertretende Ministerpräsident und das für Propaganda

⁴ Kunze: Ceaușescu, S. 93.

⁵ Kunze: Ceaușescu, S. 108 f.

⁶ Betea, Lavinia: Alexandru Bărlădeanu despre Dej, Ceaușescu și Iliescu, Bukarest 1997, S. 128; zitiert nach Kunze: Ceaușescu, S. 109.

zuständige Parteibüromitglied Iosif Chişinevschi: „Wir müssen auf die Zeitungsleute aufpassen. Es darf weder in Liberalismus noch in Pazifismus verfallen werden.“⁷ Um innerparteiliche Machtkämpfe brauchte sich Gheorghiu-Dej keine Sorgen machen. Er saß fest im Sattel der Macht. In den vorangegangenen Jahren hatte er sich seine neue Machtelite zusammengestellt und Rivalen abgesetzt bzw. liquidieren lassen. Um nicht von Moskau seines Amtes enthoben zu werden, musste sich Gheorghiu-Dej in Teilen auf den neuen Kurs einlassen: Auf einer Plenumtagung des Zentralkomitees der RAP im August 1953 verständigte man sich auf die Anhebung der materiellen Lebensbedingungen, Wachstum der Landwirtschaft und Konsumgüterindustrie, das Zurückfahren der Investitionen in der Schwerindustrie und die Einführung einiger Sozialmaßnahmen. Außerdem wurde der Bau des Donau-Schwarzmeerkanals unterbrochen, dessen Bau schon Hunderten der dort beschäftigten politischen Häftlinge den Tod gebracht hatte. Als Folge dieser Maßnahmen wurden 1954 die seit dem Krieg eingeführten Lebensmittelrationierungen aufgehoben.

Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 sorgte für einigen Wirbel in den Staaten des Ostblocks. In seiner Rede thematisierte Chruschtschow die während der Herrschaft Stalins begangenen Verbrechen und löste somit weltweit Verunsicherungen bei den stalinistisch gesinnten Kommunisten aus. Keineswegs wurden die Wurzeln des Stalinismus näher beleuchtet. Für Moskau lagen die Ursachen in Stalin selbst, seinen engsten Gefolgsleuten und dem „Personenkult“ begründet. Im März referierte Gheorghiu-Dej auf einer Sitzung des RAP-Politbüros über die Rede Chruschtschows. Er behauptete, „Personenkult“ und die damit verbundenen Praktiken seien in der RVR nur von der Pauker-Gruppe betrieben und mit ihrem Sturz im Mai 1952 beseitigt worden.“⁸ Mit dieser Behauptung versuchte Gheorghiu-Dej, jede Verbindung des Stalinismus mit seiner Person zu leugnen. Schon während der Sitzung wurde dem Ministerpräsident von den Delegationsmitgliedern Chişinevschi und Constantinescu vorgeworfen, für den stalinistischen Kurs der Partei verantwortlich zu sein. Gheorghiu-Dej hielt aus Gründen der Machterhaltung an einer Minimalisierung der Entstalinisierung fest.⁹

⁷ Stenogramm der Ministerratssitzung vom 6. Mai 1953. In: Magazin istoric 9/1997, S. 38; zitiert nach Kunze: Ceauşescu, S. 109.

⁸ Frickenhelm: Rumänische Abweichung, S. 71.

⁹ Tănase, Stelian: Elite și societate. Guvernarea Gheorghiu-Dej (1948-1965), Bukarest o.J., S. 121; deutsch bei Kunze: Ceauşescu, S. 119.

Die rumänische Politik war nun an einem Punkt angelangt, an dem sie – um die Macht weiter in den Händen halten zu können – gegen die Entstalinisierungsvorgaben Moskaus agieren musste. Dabei musste eine Strategie verfolgt werden, die den Führungsanspruch Moskaus und die Gefolgschaft Rumäniens nicht in Frage stellte.

Während des Aufstands in Ungarn 1956 demonstrierte die rumänische Führung Moskau ihre Treue und Verbundenheit. Innenpolitisch ging das Regime gegen die ungarische Minderheit vor. Altkommunisten ungarischer Abstammung wurden als Anhänger Nagys bezeichnet, verhaftet und zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, die ungarische Minderheit kollektiv als Konterrevolutionäre und faschistische Reaktionäre bezeichnet. Nachdem Imre Nagy den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und dessen Neutralität verkündet hatte, marschierte die Rote Armee in Ungarn ein. Sie schlug den Aufstand blutig nieder, Nagy flüchtete in die jugoslawische Botschaft in Budapest. Im Hintergrund hatten Gheorghiu-Dej und Chruschtschow vereinbart, Imre Nagy nach Rumänien zu bringen. Mit dem Versprechen des freien Abzugs wurden Nagy und seine Anhänger aus der Botschaft gelockt, vom KGB verhaftet und mit einem Flugzeug nach Bukarest geflogen. Während Nagys Mitstreiter nach Pitești gebracht wurden, hielt man Nagy in einer Villa der Securitate fest. Dort wurde er unter unmenschlichen Bedingungen vom KGB verhört. 1958 wurde er nach Budapest zurückgebracht und nach einem Schauprozess hingerichtet.¹⁰ Die rumänische Führung hatte großes Interesse an einem harten Vorgehen gegen die Aufständischen in Ungarn. Auch in Rumänien – besonders in den siebenbürgischen und Banater Gegenden mit überwiegend ungarischstämmiger Bevölkerung kam es zu Demonstrationen gegen das Bukarester Regime und Sympathiebekundungen für die Oppositionellen in Budapest. Die Universitäten in Cluj und Timișoara bildeten Zentren des studentischen Widerstandes. Auch hier kam es zu Verhaftungen, Haftstrafen, ja sogar vier Todesurteilen gegen die Demonstranten.

Im Sommer 1958 wurde Gheorghiu-Dej dann für seine Kooperation während des Ungarn-Aufstandes von Moskau „belohnt“. Moskau war überzeugt in Rumänien einen ehrlichen Partner zu sehen; das hatten die Bukarester mit ihrem harten innenpolitischen Kurs eindrucksvoll bewiesen. Nach der Neutralitätsbekundung Österreichs 1955 war Rumänien für das sowjetische Militär in strategischer Hinsicht

¹⁰ Kunze: Ceaușescu, S. 123 f.

weniger bedeutend. Österreich fungierte als Puffer zum amerikanisch dominierten Westen. Hinzu kam, dass Rumänien von moskautreuen Staaten eingeschlossen war (mit Ausnahme des blockfreien, aber sozialistischen Jugoslawiens).

Später betonte Ceaușescu, der Abzug der Truppen wäre seinem diplomatischen Geschick und seiner Verhandlungsstrategie zu verdanken.

IV. Vom Abzug der sowjetischen Truppen bis zum neuen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR 1970

Die folgenden vier Punkte befassen sich mit dem rumänischen Sonderweg an ausgewählten Beispielen der Wirtschafts-, Innen- und Außenpolitik. Während dieser Entwicklungen starb Gheorghiu-Dej am 19. März 1965. Drei Tage später wurde Nicolae Ceaușescu nach innerparteilichen Machtkämpfen zum Nachfolger Dejs und damit zum Ersten Sekretär des ZK gewählt, 1967 wurde er zusätzlich Vorsitzender des Staatsrates und nach einer Verfassungsänderung 1974 Staatspräsident. Im August 1965 wurde eine neue rumänische Verfassung verabschiedet. Im Unterschied zu anderen Verfassungen des Ostblocks wird an keiner Stelle ein Bezug zur KPdSU und zur Sowjetunion hergestellt. Aus dem Namen „Rumänische Volksrepublik“ wurde „Sozialistische Republik Rumänien“. Für Bukarest war diese Umbenennung nötig, da man aus der sozialistischen in die kommunistische Phase übergetreten war. Wichtig war auch, den nationalen Aspekt im Staatsnamen hervorzuheben.

Zu einer ersten Entspannung im rumänisch-sowjetischen Verhältnis kam es erst mit dem Abschluss eines neuen Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen Rumänien und der Sowjetunion am 7. Juli 1970. Den Abschluss des Vertrages hatte die rumänische Seite seit 1968 hinausgezögert. Damals war der Vertrag von 1948 ausgelaufen, aber damit nicht abgelaufen.¹¹ Seit den 70er Jahren hatte Ceaușescu verstärkt mit innenpolitischen Problemen zu kämpfen. Hinzu kam seit Beginn der 80er Jahre eine zunehmend schlechte Versorgungslage der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Energie.

¹¹ Detaillierte Informationen zum Vertrag bei: Schultz, Lothar: Der neue Vertrag zwischen Rumänien und der Sowjetunion, in: Osteuropa, Jg. 20, 1970, S. 831-838.

1. Wirtschaftliche Konflikte

Neben der Kollektivierung der Landwirtschaft wurde die Industrialisierung des Landes forciert. Gheorghiu-Dej war hier – entgegen den Empfehlungen Chruschtschows – ganz auf der Linie Stalins der 30er Jahre. Demnach war eine leistungsfähige Schwerindustrie die Grundlage des Sozialismus auf dem Weg zum Kommunismus. Im Parteiorgan *Scînteia* äußerte sich Gheorghiu-Dej 1958: „Um die sozialistische Industrialisierung des Landes ... zu sichern, müssen alle Kräfte [sowie] alle materiellen und finanziellen Reserven mobilisiert werden ... Dieses stellt die einzige Möglichkeit dar, die Produktionskräfte schnell zu entwickeln und die technisch-materielle Voraussetzung für den Sozialismus zu schaffen.“¹²

Schon Anfang bis Mitte der 50er Jahre intensivierte sich der Außenhandel mit dem Westen. Der Import von Maschinen und anderen Produkten der Schwerindustrie aus der DDR und der Tschechoslowakei wurde erheblich zurückgefahren. Erste Tendenzen eines autarken Wirtschaftssystem zeichneten sich in Rumänien ab. Auf Sitzungen des RGW stieß Rumäniens Vorgehen Ende der 50er Jahre oftmals auf Kritik, besonders bei den höher industrialisierten Mitgliedsländern.

Besonders schwere Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und Rumänien entstanden um die Einrichtung eines supranational verwalteten Wirtschaftsgebietes. Damit wären nationale Interessen einer „internationalen Arbeitsteilung“ untergeordnet worden und Rumänien so zum Lieferanten von landwirtschaftlichen Produkten, Nahrungsmitteln und etwas Erdöl geworden. Diese Pläne der Sowjetunion ließen sich nicht mit denen Bukarests übereinbringen. Das ehrgeizige Industrialisierungsprojekt sah als dessen Krönung die Errichtung eines riesigen Stahlwerks in Galați an der unteren Donau vor, das auch realisiert wurde. Die Anfänge dieses Konflikts sind in der Comecon-Tagung im Februar 1963 zu sehen. Das Comecon-Exekutivkomitee hatte die Aufgabe, eine Planung dieses supranationalen Wirtschaftsraumes auszuarbeiten und die Statuten der Organisation der neuen Sachlage anzupassen. Die rumänische Delegation unter der Leitung von Bîrlădeanu hatte strikte Anweisung, alle Vorstöße in Richtung eines vereinigten Wirtschaftsraumes zu verhindern.¹³

¹² *Scînteia*, 2. Dezember 1958; zitiert nach: Kunze: Ceaușescu, S. 135.

¹³ Ionescu, George G.: Rumäniens Unabhängigkeitsbestrebungen, in: *Osteuropa*, Jg. 16, 1966, S. 301.

An einer weiteren Zusammenarbeit mit dem RGW wollte Rumänien festhalten, und an einen Austritt aus dem Bündnis wurde nicht ernsthaft gedacht. Die rumänische Delegation wehrte sich auch gegen Pläne, gemeinsame Gesellschaften mit den Comecon-Mitgliedern zu gründen. Dieses Verhalten hatte sicher mit Erfahrungen in der Vergangenheit zu tun: Zwischen 1945 und 1952 gründete die UdSSR 15 Sowroms (Industriegesellschaften unter sowjetischer Führung in Rumänien). Rumänien wurde auf diese Weise wirtschaftlich ausgebeutet, da der erwirtschaftete Überschuss in die Sowjetunion gelenkt wurde. Die Februartagung wurde vertagt ohne in der Sache zu einem Ergebnis gekommen zu sein. An die Öffentlichkeit waren diese Differenzen nicht gelangt, da es sich um eine regelmäßige Zusammenkunft des RGW handelte. Allerdings musste die rumänische Regierung die Bevölkerung langsam mit dem Thema vertraut machen, bevor die Sowjetunion ihre Sicht der Dinge in dieser Auseinandersetzung in Rumänien verbreiten konnte.

Im Gegensatz zur supranationalen Organisation der internationalen Arbeitsteilung wie es die UdSSR sah, vertrat Bukarest eine andere Lesart von sozialistischer internationaler Arbeitsteilung: Koordinierung der nationalen Wirtschaftspläne im Geiste der Prinzipien der Beachtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, volle Gleichheit der Rechte, kameradschaftliche Hilfe und gegenseitiger Vorteil. Diese Schlagwörter von der Koordinierung (nicht Integration), dem Bilateralismus (nicht Multilateralismus), Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität wurden zu jeder Gelegenheit in den Staatsmedien betont.¹⁴

Auch auf dem Gebiet der Handelsbeziehungen wendete sich Rumänien von Osteuropa ab und importierte zunehmend Industrieausrüstungen aus Westeuropa, die eine bessere Qualität aufwiesen und oftmals günstiger zu bekommen waren. Bezahlt wurden diese Güter mit Exportprodukten der rumänischen Wirtschaft. Neben Waren wurden auch verstärkt Baulizenzen und Baumuster von Werkzeugmaschinen im westlichen Ausland eingekauft.¹⁵ Ziel war die Errichtung einer autarken Wirtschaft wobei der Wille, konkurrenzfähig zu bleiben und nach ökonomischen Gesichtspunkten zu Handeln nicht verschwand.

Die Meinungsverschiedenheit wurde besonders in den Wirtschaftszeitschriften debattiert. Der pro-sowjetische Standpunkt versuchte deutlich zu machen, dass ein bloßes Wachstum der Industrieproduktion nicht zur Steigerung des

¹⁴ Ionescu: Unabhängigkeitsbestrebungen, S. 303.

¹⁵ Mesch, Erich: Neuesten Entwicklungsstand anstreben, in: Der neue Weg, 9.6.1964; leicht gekürzt wiederabgedruckt in: Ostprobleme, Jg. 16, 1964, S. 463.

Nationaleinkommens führe. Die rumänische Gegendarstellung ließ nicht lange auf sich warten und wurde in der Wirtschaftszeitung *Viața Economică* veröffentlicht.¹⁶ Den gesamten Plan eines übernationalen Wirtschaftsgebietes hatte ein Artikel in der Moskauer Universitätszeitung *Vestnik Moskovskogo Universiteta* im Februar 1964 zum Thema. Darin sollte ein übernationaler Wirtschaftsraum an der unteren Donau entstehen, in den Rumänien, Bulgarien und die Sowjetunion Teile ihres Staatsgebietes einzubringen hätten. Der Artikel löste in Rumänien große Verärgerungen aus und im Juni gab *Viața Economică* den Text im Wortlaut wider. Dem hinzugefügt war eine Stellungnahme, die großes Aufsehen im Land hervorrief. Zum ersten Mal erfuhr die Bevölkerung etwas über den wahren Charakter der vorher nur angedeuteten Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Bukarest. Mitte April 1964 tagte das Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei. Das Schlusskommuniqué der Plenarsitzung des Zentralkomitees wird gerne als „Magna Charta der rumänischen Unabhängigkeit“ bezeichnet.

„In dem Dokument lehnte das rumänische ZK jede feindselige Aktion gegen die chinesischen Kommunisten ab, riet zur Einstellung der gegenseitigen Polemik, leugnete ein Vater-Sohn-Verhältnis zwischen kommunistischen Parteien, betonte die Gleichberechtigung aller kommunistischen und Arbeiterparteien und verwahrte sich gegen die Verlagerung der wirtschaftlichen Leistung von dem einzelnen Staat auf überstaatliche Körperschaften und Institutionen.“¹⁷

Das Papier war von einer solchen Wichtigkeit, dass es in der internationalen Zeitschrift *Probleme des Friedens und des Sozialismus* veröffentlicht wurde. Im Herbst 1964 ließ die Sowjetunion vom Ziel eines übernationalen Wirtschaftsverbundes ab und distanzierte sich offiziell von dem Artikel in der Moskauer Universitätszeitung.

In den folgenden Jahren konnte das Bukarester Regime seine Industrialisierungspläne weiter ausbauen. Mitte der 60er Jahre führte das zu einem kurzfristigen Anstieg des Lebensstandards. Allerdings vergrößerte sich das Außenhandelsdefizit in den 70er Jahren erheblich und Bukarest war jedes Mittel lieb, seine Schulden zu begleichen. Das führte zu den schweren Versorgungsproblemen der 80er Jahre.

¹⁶ Eine ausführliche Darstellung dieses Konfliktes findet man bei Ionescu: *Unabhängigkeitsbestrebungen*, S. 306 ff.

¹⁷ König, Helmut: Drahtseilakt ohne Netz. Rumäniens Standort in der kommunistischen Weltbewegung, in: *Osteuropa*, Jg. 20, 1970, S. 82.

2. Rumäniens Rolle im Chinesisch-sowjetischen Konflikt

Noch im November 1957 erklärte die UdSSR und China in einem Dokument die uneingeschränkte Führungsrolle der Sowjetunion und der KPdSU im kommunistischen Lager. Das war nach Jahren der Differenzen in den Beziehungen beider Länder die Möglichkeit eines Neuanfangs.

Während des Aufstandes in Ungarn und Polen 1956 stand die chinesische KP ideologisch fest an sowjetischer Seite und begann, sich langsam politisch und wirtschaftlich zu engagieren. Bedingt durch den Handelsboykott der USA gegen China musste das ostasiatische Land die benötigten Maschinen aus den osteuropäischen Ländern beziehen und produzierte Waren dort absetzen. Die Wirtschaftsbeziehungen weiteten sich aus. Ideologisch wandte sich China immer weiter von der Sowjetunion ab und ging mit der Gründung der Volkskommunen 1958 einen eigenen Weg im Aufbau des Kommunismus. 1969 kam es sogar zu militärischen Zusammenstößen an der sowjetisch-chinesischen Grenze. Hinter den ideologischen Differenzen verbargen sich machtpolitische Interessen. China wollte nicht weiter im Schatten Moskaus stehen und beanspruchte eine eigenständige und souveräne Politik betreiben zu können. Dieser Konflikt schwächte die Stellung des Weltkommunismus erheblich.

Rumänien unterhielt in den 60er Jahren als einziges Land im sowjetischen Herrschaftsbereich Beziehungen zu China. Dennoch schwankte die rumänische Außenpolitik zwischen den beiden mächtigen kommunistischen Staaten. Deutlich wurde dieses Vorgehen in der Erklärung des ZK der RKP vom 22. April 1964 („magna Charta der rumänischen Unabhängigkeitsbestrebungen“):

„Da heißt es, nachdem Kritik an der chinesischen Polemik gegen die Sowjetunion geübt und auf deren Schädlichkeit für die Interessen des Weltkommunismus hingewiesen wurde, dass der KPdSU und der KP Chinas, dank des Ansehens, dessen sie sich erfreuten, eine besondere Rolle bei der Wiederherstellung der Einheit der kommunistischen Bewegung zukomme. Anschließend folgt ein Appell an 'alle Bruderparteien und erster Linie an die beiden großen Parteien, an die KPdSU und die KP Chinas: Schließen wir uns alle zusammen, um die Spaltung aufzuhalten, und die Einheit und

Geschlossenheit des Lagers der sozialistischen Länder, der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zu retten!“¹⁸

Während eines Besuchs Chou En-lais in Bukarest 1966, versuchte er, die rumänische Neutralität in diesem Konflikt zu untergraben, indem er die „Unabhängigkeitsbestrebungen des rumänischen Volkes“ lobte und die sowjetische Außenpolitik scharf angriff. Die rumänische Presse erwähnte diese Äußerungen beiläufig in einem Satz. Die Bukarester Kommunisten wollten Moskau ihre neutrale Haltung beweisen. Sie enthielten sich in der 1966 einsetzenden Kulturrevolution der Kritik an den inneren Vorgängen in China. Bukarest entging aber auch der gegen andere osteuropäische Staaten hervorgebrachten Kritik des „Chruschtschowismus“ und „Revisionismus“.¹⁹

Weitere Treffen fanden 1968 und im darauf folgenden Jahr statt. Einen offiziellen Charakter wollte die rumänische Presse den Konsultationen nie verleihen. Es hätte sich stets um „Zwischenlandungen“ (teils sogar aus „technischen Problemen“) der chinesischen Delegationen auf dem Weg nach Albanien gehandelt.

Auch der rumänische Handel mit China weitete sich im Gegensatz zu allen anderen osteuropäischen Staaten erheblich aus.

Die Motivation Rumäniens, den Kontakt zu China zu halten war in dem beiden Staatsführungen innewohnenden stalinistischen Standpunkt begründet.

3. Rumänischer Nationalkommunismus in Kultur und Bildung

Mit Chruschtschow war 1953 in der UdSSR ein Kritiker des stalinistischen Terrors und Personenkults an die Macht gekommen. Für den stalinistisch orientierten Gheorghiu-Dej blieben nun zwei Wege seine Politik weiterzuführen: Entweder widersetzte er sich den Entstalinisierungsplänen des Kremls, was im schlimmsten Falle seine Absetzung bedeutet hätte oder er befolgte den Kurs und unterstützte die neue Linie. Damit wäre Dej sicher eines der ersten Opfer der Entstalinisierung geworden. Also entschied er sich für einen nationalen, antisowjetischen Kurs in der Hoffnung von Moskau geduldet zu werden.

¹⁸ Corvinul, Matei: Politik der Unabhängigkeit, in: Ostprobleme, Jg. 18, 1966, S. 519.

¹⁹ König, Helmut: Drahtseilakt, S. 84 f.

Schon Mitte der 50er Jahre wurde die ungarische Minderheit von den liberalen Strömen aus dem Mutterland erfasst. Was sich 1956 im ungarischen Volksaufstand Luft machte, wurde mit harten Sanktionen der Bukarester Regierung in Siebenbürgen versucht zu unterdrücken. 1959 wurde die ungarische Bolyai- und die rumänische Babeş-Universität in Cluj – dort stellten die Ungarn die Bevölkerungsmehrheit dar – vereinigt. Ungarisch wurde in den Universitäten und Mittelschulen nicht mehr als gleichwertige Sprache neben Rumänisch anerkannt. Auf diese Weise sollten die Ungarn langsam, aber fortwährend assimiliert werden. Juden und deutschstämmigen Bevölkerungsteilen wurde gegen die Zahlung einer Kaution des jeweiligen Ziellandes die Ausreise nach Israel bzw. Deutschland gestattet. 1960 wurde Oraşul Stalin (Stalinstadt) wieder in Braşov umbenannt²⁰ und die Stalindenkmäler in den Städten entfernt. Diese Maßnahmen wurden in Rumänien später als in den anderen Staaten des Warschauer Paktes durchgeführt. Drei Jahre später wurde Russisch als Pflichtfach in den Schulen abgeschafft und westliche Sprachen (besonders Französisch) mit großem Aufwand etabliert, das Maxim-Gorki-Institut an der Bukarester Universität und das Rumänisch-russische Museum geschlossen, viele Straßennamen geändert. Aus der slawischen Schreibung des Landesnamens „Romînia“ wurde das lateinische „România“.

Auch die Wissenschaft argumentierte im nationalen Sinne: nach ihr kamen die marxistischen Ideen nicht über den Osten nach Rumänien, sondern waren schon seit Jahrhunderten im Land angelegt, wären somit eine urrumänische Denkart.²¹ In der Geschichtsschreibung wurden zunehmend nationale Themen behandelt, der Anteil, den die rumänischen Kommunisten am Sturz Antonescus hatten erhöht und Alexandru Ioan Cuza²² als Schöpfer des rumänischen Staates verehrt.

Auf dem Gebiet der Literatur wurden verstärkt rumänische Klassiker neu aufgelegt und russische Schriftsteller in den Hintergrund gerückt. Auch westliche Literatur fand zunehmend Eingang in rumänischen Buchhandlungen.

„Patriotismus erhielt den Vorrang vor dem kommunistischen Glaubensbekenntnis“²³

²⁰ Nach Kunze, Ceauşescu, S. 142 war diese Maßnahme ein Zugeständnis an die Entstalinisierungswelle Moskaus.

²¹ Burks, R.V.: Rumänische nationale Abweichung. Eine Bestandsaufnahme, in: Osteuropa, Jhrg 16, 1966, S. 323.

²² Cuza vereinigte die beiden Fürstentümer Moldau und Walachei 1862 unter dem Namen Rumänien

²³ Burks, R.V.: Rumänische nationale Abweichung, S. 319.

4. Beziehungen Rumäniens zum Westen, zum Nahen Osten und den Prager Ereignissen 1968

Gegen den ausdrücklichen Willen der DDR-Staatsführung kamen die Vorbereitungen Rumäniens um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland im Januar 1967 zum Abschluss. Damit war Rumänien das erste Land des Warschauer Paktes (außer der UdSSR), das Beziehungen zu Westdeutschland auf diesem Wege suchte. Schon 1965 versuchte Walter Ulbricht, Moskau zu einer Positionierung gegen Ceaușescus Deutschlandpolitik zu bewegen. Doch die Sowjetunion hatte mit Peking und dem Vietnam-Krieg andere Probleme zu lösen; da war Ceaușescus Westorientierung nebensächlich. Auch verstieß Rumänien mit seinen Westbeziehungen nicht gegen das Gebot der friedlichen Koexistenz, das von der Sowjetunion und ihren Verbündeten (außer der DDR) nachdrücklich verkündet und praktiziert wurde. Erst die Entsendung eines Botschafters nach Westdeutschland war ein Bruch der Verpflichtungen Bukarests gegenüber Moskau. Zu Maßnahmen der Sowjetunion gegen Rumänien führte die Kontaktaufnahme jedoch nicht, da Moskau selbst einen Botschafter nach Bonn entsandt hatte und Rumänien keine Anzeichen eines Austrittes aus dem Bündnis oder andere schwerwiegende Zeichen einer Rebellion erkennen ließ. Schwierig für Ceaușescu und seinen Außenminister Mănescu war eine Stellungnahme zum Alleinvertretungsanspruch aller Deutschen, den die westdeutsche Politik vertrat ohne die DDR vollends zu verärgern. Ceaușescu verkündete, „dass sie die Auffassungen der Bundesrepublik zugegebenermaßen nicht teilen, dieser Gegensatz die Aufnahme politischer Beziehungen jedoch nicht behindere.“²⁴

Am 31. Januar 1967 wurde in einem gemeinsamen Kommuniqué der Austausch der Diplomaten festgehalten.

Eine globalere Bedeutung als die Beziehungen zur Bundesrepublik hatte Rumäniens Haltung zum „Sechs-Tage-Krieg“ im Nahen Osten. Nachdem Israel am 5. Juni 1967 Ägypten angegriffen hatte und innerhalb kürzester Zeit große militärische Erfolge verbuchen konnte, beschlossen die Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes vier Tage später, die diplomatischen Beziehungen mit Israel abubrechen und die Botschafter aus Israel abzuziehen. Rumänien verweigerte als einziger sozialistischer

²⁴ Kunze: Ceaușescu, S. 172.

Staat die Unterzeichnung der Erklärung, in der den arabischen Staaten Unterstützung zugesagt wurde. Damit hatte der Ungehorsam gegenüber Moskau eine neue Qualität erreicht: In dem Konflikt mit Israel ging es neben direkten sowjetischen Interessen auch um eine Auseinandersetzung zwischen „Imperialismus“ und „Sozialismus“, in der jede Seite versuchte, ihr Gesicht zu wahren.

Am 11. Juni erschien in der Parteizeitung *Scînteia* eine Erklärung von Partei und Regierung zur Lage im Nahen Osten. Darin forderte die rumänische Regierung die Einstellung aller Kampfhandlungen, das Treffen von Maßnahmen, um weitere militärische Auseinandersetzungen zu verhindern, den Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten und die Wiederherstellung der ursprünglichen Grenzen. Die betroffenen Staaten sollten ohne Einmischung anderer Staaten am Verhandlungstisch zusammenfinden.²⁵

Ceașescu sprach in einem Referat über die Außenpolitik der Partei und der Regierung von keinerlei Sonderinteressen, die Rumänien im Nahen Osten verfolge. Weiter führte er aus:

„Als Freunde der arabischen Völker haben wir immer Solidarität und Unterstützung für ihre Bestrebungen um nationale Einheit, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und um nationale Unabhängigkeit bekundet. [...] Aber wir wollen es den arabischen Freunden offen sagen, dass wir die Einstellung jener Kreise nicht verstehen und nicht teilen, die sich für eine Liquidierung des Staates Israel aussprechen. Wie wollen niemandem Ratschläge erteilen, doch die Lehren der Geschichte zeigen, dass ein Volk seine nationalen und sozialen Bestrebungen nicht verwirklichen kann, wenn es sich gegen das Existenzrecht eines anderen Volkes stellt.“²⁶

Für Kunze hat die neutrale Haltung Rumäniens im Nahost-Konflikt keine ideologischen, sondern handfeste finanzielle Gründe: Schon zu Zeiten Gheorghiu-Dejs hatte der rumänische Staat damit begonnen, die jüdische Minderheit des Landes nach Israel ausreisen zu lassen. Mit den Regierungen und Geheimdiensten der beiden Länder waren anfangs Lieferungen von Industrieausrüstungen an

²⁵ Erklärung des Zentralkomitees der Rumänischen Kommunistischen Partei und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien zur Lage in Nahost, in: *Scînteia*, 11.6.1967; wiederabgedruckt unter dem Titel: Erklärung Rumäniens, in: *Ostprobleme*, Jg. 19, 1967, S. 379.

²⁶ Ceașescu, Nicolae: Referat des Genossen Nicolae Ceașescu, Generalsekretär des ZK der RKP, über die Außenpolitik der Partei und der Regierung, in: *Scînteia*, 25.7.1967; leicht gekürzt wiederabgedruckt unter dem Titel: Ceașescu zur Außenpolitik, in: *Ostprobleme*, Jg. 20, 1968, S. 90.

Rumänien vereinbart worden, später ein „Kopfgeld“, das Israel für jeden ausreisenden Juden aus Rumänien bezahlte. Dabei soll es sich um Summen zwischen 2.000 und 50.000 \$ - in besonderen Fällen auch bis zu 250.000 \$ - gehandelt haben.²⁷

Im Westen sah man in Nicolae Ceaușescu gerne einen vom sowjetischen Herrschaftssystem abfallenden Staatsmann. Im September 1967 wurde der rumänische Außenminister Corneliu Mănescu mit amerikanischer Unterstützung zum Präsidenten der UN-Vollversammlung gewählt. Dieses Zeichen internationaler Anerkennung bestärkte die rumänische Führung in ihrer Sonderrolle in Osteuropa. Ende 1967 kam es in der ČSSR zu Protesten gegen die amtierende Regierung. Im Einvernehmen mit Moskau wurde Alexander Dubček zum Ersten Sekretär der KPČ ernannt. Seine Liberalisierungen, die einen demokratischen Sozialismus ermöglichen sollten, führten nach dem Wegfall der Zensur zu weitreichenden Forderungen der Bevölkerung. Aus Moskauer Sicht geriet die Situation in der Tschechoslowakei außer Kontrolle, so dass in der Nacht vom 20. zum 21. August 1968 die Truppen des Warschauer Paktes unter Führung der UdSSR und unter Beteiligung Polens, Ungarns und Bulgariens in die ČSSR einmarschierten. Die Truppen der DDR blieben auf ihrem Staatsgebiet stehen und boten logistische Unterstützung.

Einen Tag nach der Militäraktion hielt Ceaușescu eine Rede vom Balkon des ZK-Gebäudes in Bukarest: „Der Einmarsch der Truppen der fünf sozialistischen Staaten in die Tschechoslowakei ist ein großer Fehler, eine schwere Bedrohung für den Frieden in Europa und das Schicksal des Sozialismus in der Welt. Es ist ein beschämender Moment in der Geschichte der revolutionären Bewegung.“²⁸ Die versammelten Massen jubelten Ceaușescu zu, sein Ansehen stieg und der Partei traten viele neue Mitglieder bei, darunter einige Intellektuelle.

Dass sich die Sowjetunion von den Bukarester Störmanövern wenig beeindruckt zeigte und sie nicht zum Einmarsch in Rumänien veranlasste, zeigt, dass Ceaușescus Politik gegen die Sowjetunion nichts mit der von Dubček gemein hatte und von dieser weit entfernt war. „Das Dubček-Programm hatte zum Ziel, das Machtmonopol einer Führungsclique zu brechen, demokratische Strukturen

²⁷ Kunze: Ceaușescu, S. 175.

²⁸ Scînteia, 22. August 1968; zitiert nach: Kunze: Ceaușescu, S. 177 f.

einzuführen und staatliche Aufgaben von denen der Partei zu trennen.“²⁹

Ceaușescu politische Ziele standen diesen Ideen diametral entgegen.

Bukarest hatte in dem Konflikt zwar vorsichtig operiert; die Regierung nutzte die Ängste vor einer sowjetischen Intervention aber geschickt, um Volk und Partei enger aneinander zu binden.

Nachdem Mitte Mai 1968 der französische Staatspräsident Charles de Gaulle nach Rumänien gekommen war und mit Aufmerksamkeiten nur so überhäuft worden war, wofür er sich mit der Verleihung des Großkreuzes der französischen Ehrenlegion bei Ceaușescu revanchierte³⁰, besuchte im August 1969 der amerikanische Präsident Nixon Rumänien. 1967 war er als amerikanischer Vizepräsident bereits schon einmal nach Rumänien gereist. Bukarest versprach sich hauptsächlich wirtschaftliche Vorteile von den bilateralen Beziehungen der beiden Länder. Nicht zu unterschätzen war das wachsende Ansehen Ceaușescus beim eigenen Volk. Zum ersten Mal besuchte ein amerikanischer Präsident offiziell ein sozialistisches Land (Ausnahme Jalta 1945). Den neun Kilometer langen Weg vom Flughafen bis in die Bukarester Innenstadt säumten Tausende begeisterte Rumänen, die den beiden Staatsmännern zujubelten.

In Gesprächen ließ Nixon durchblicken, die gesunden chinesisch-rumänischen Beziehungen für seine Chinapolitik nutzen zu wollen.

Dieser Besuch war für Ceaușescu die Krönung seiner Westbeziehungen.

V. Schlussbetrachtung

Dass Rumänien seine unabhängige Außenpolitik von den 60er Jahren an betreiben konnte, ohne mit sowjetischen Gegenmaßnahmen militärischer Art konfrontiert zu werden, hat zuerst einmal geopolitische Gründe. Rumänen und Russen war während ihrem Handeln immer bewusst, dass beide Länder eine mehrere Hundert Kilometer lange offene Grenze teilt, die Sowjetarmee somit schnell ins Land einmarschieren könnte. Auch war Rumänien von Staaten des Warschauer Paktes umgeben

²⁹ Kunze: Ceaușescu, S. 178.

³⁰ De Gaulles Besuch in Rumänien war für die Sowjetunion weniger brisant. Er hatte Frankreich aus der NATO herausgelöst und das europäische Nato-Hauptquartier aus seinem Land hinauskomplimentiert. Er war das Sorgenkind der westlichen Bündnisgemeinschaft.

(Ausnahme ist das sozialistische Jugoslawien); keines seiner Grenzen stößt - wie in Ungarn oder der Tschechoslowakei – an ein westliches Land. Gerade diese Lage im sowjetischen Machtbereich führte zu größerer außenpolitischer Bewegungsfreiheit. Zudem konnte Rumänien seinen Kurs in einer Zeit verfolgen, in der die Führungsmacht UdSSR gewichtigere Probleme hatte als die Provokationen eines ihrer Satellitenstaaten: 1961 Mauerbau in Berlin, Oktober 1962 Kubakrise, Konflikte mit China. Zu diesen „äußeren“ Gründen, die einen Sonderweg Rumäniens möglich machten, summierten sich verschiedenste „innere“ Bedingungen, die die rumänische Politik zu verantworten hatte:

Auch nach dem Abzug der Sowjetarmee aus Rumänien 1958 blieb die rumänische Außenpolitik eine von Moskau kontrollierte Politik. Lediglich in der Außenhandelspolitik vertrat Bukarest einen eigenen Standpunkt innerhalb des Ostblocks.

Gegen die Entstalinisierungspolitik der UdSSR wehrte sich Rumänien heftig. Ein Nachfolgen der Rumänen in dieser Frage hätte den eigens verschuldeten Sturz des Bukarester Regimes zu Folge gehabt. Bukarest wusste nur zu gut, dass es durch die dominierende sowjetische Macht in Osteuropa zu Regierungsgewalt gekommen war und auch nur mit sowjetischer Hilfe weiter regieren könne. So knüpfte Gheorghiu-Dej an die traditionellen antirussischen Tendenzen im rumänischen Volk an und begann eine umfassende Desowjetisierung und einen nationalkommunistischen Kurs, der in fünf Teilbereichen umschrieben werden kann:

1. Verherrlichung des Vaterlandes und der Partei
2. Vergötzung des rumänischen Menschen und Volkes
3. vaterländische Erziehung der Jugend
4. „Neubewertung“ großer Persönlichkeiten der Vergangenheit und im Zusammenhang damit der Stolz auf die Leistungen des rumänischen Volkes auf dem Gebiet der Politik, der Wissenschaft und der Kultur
5. Versteckte oder offen angebrachte antisowjetische Äußerungen

Die Motivation dieser Politik war nicht antirussisch sondern prostalinistisch und begünstigte die innenpolitischen Terrormaßnahmen gegen politisch Andersdenkende.

Die rumänische Presse hat es nie an Beteuerungen der Freundschaft zur Sowjetunion fehlen lassen. „Je kühner die außenpolitischen Extratouren Rumäniens

waren, desto lautstärker waren solche Treuegelöbnisse ...“³¹ Diese Artikel wurden in der UdSSR sehr wohl zur Kenntnis genommen und mindestens einmal jährlich – zum 23. August 1944 – freundschaftlich erwidert.

Rumänien hat keine Bündnisse zur Sowjetunion und den Warschauer Paktstaaten aufgekündigt (anders Imre Nagy). Auch bestanden keine Ambitionen, das Organisations- und Herrschaftsmonopol der rumänischen KP aufzulösen (anders in der Tschechoslowakei). Diese beiden Tatsachen trugen ebenfalls zu einem Verzicht auf eine militärische Intervention der UdSSR bei.

Im Westen wurde besonders Ceaușescu lange Zeit und fälschlicherweise als Initiator einer eigenwilligen, gegen den Sowjetimperialismus gerichteten Unabhängigkeitspolitik gefeiert, und westliche Polit-Prominenz gab sich in Bukarest die Klinke in die Hand – sicher oft in der Hoffnung, Rumänien werde sich vom Ostblock lösen. Auch der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rumänien und den westlichen Staaten begünstigte keinen objektiven Blick auf die wahren Absichten Bukarests. Mit dem Beginn der 80er Jahre sahen Frankreich und Skandinavien die rumänische Politik aufgrund von bekannt gewordenen Menschenrechtsverletzungen differenzierter. In den USA und der Bundesrepublik änderte sich das Rumänienbild erst mit der Wahl Gorbatschows 1985 zum Ersten Sekretär der KPdSU und der mit seiner Person verbundenen Annäherung des Ostblocks an den Westen; Ceaușescu ignorierte diese Entwicklung.

Zusammenfassend: Die Politik des rumänischen Regimes unter Gheorghiu-Dej und später besonders unter Ceaușescu orientierte sich im Grundsatz an den Bedürfnissen der Sowjetunion. Die Distanz zu Moskau sicherte dem Bukarester Regime die stalinistische Führung des Landes und war für die sowjetische Politik zähneknirschend zu akzeptieren. Das westliche Ausland sah in Rumänien gerne den Aufständischen gegen die sowjetische Machtpolitik, baute den gegenseitigen Handel aus, lieferte schwere Maschinen und unterstützte so indirekt den totalitären inneren Führungsstil.

³¹ König, Helmut: Drahtseilakt, S. 88.

Literatur

Burks, R.V.: Rumänische nationale Abweichung. Eine Bestandsaufnahme, in: Osteuropa, Jg. 16, 1966, S. 314-328.

Ceașescu, Nicolae: Referat des Genossen Nicolae Ceașescu, Generalsekretär des ZK der RKP, über die Außenpolitik der Partei und der Regierung, in: Scînteia, 25.7.1967; leicht gekürzt wiederabgedruckt unter dem Titel: Ceașescu zur Außenpolitik, in: Ostprobleme, Jg. 20, 1968, S. 87-91

Corvinul, Matei: Politik der Unabhängigkeit, in: Ostprobleme, Jg. 18, 1966, S. 514-521.

Erklärung des Zentralkomitees der Rumänischen Kommunistischen Partei und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien zur Lage in Nahost, in: Scînteia, 11.6.1967; wiederabgedruckt unter dem Titel: Erklärung Rumäniens, in: Ostprobleme, Jg. 19, 1967, S. 379.

Frickenhelm, Gerd: Die Rumänische Abweichung. Eine Beschreibung und Analyse ihrer Entstehung, Münster 1990.

Ionescu, George G.: Rumäniens Unabhängigkeitsbestrebungen, in: Osteuropa, Jg. 16, 1966, S. 301-313.

König, Helmut: Drahtseilakt ohne Netz. Rumäniens Standort in der kommunistischen Weltbewegung, in: Osteuropa, Jg. 20, 1970, S. 77-94.

Kunze, Thomas: Nicolae Ceașescu. Eine Biographie, Berlin 2000.

Mesch, Erich: Neuesten Entwicklungsstand anstreben, in: Der neue Weg, 9.6.1964; leicht gekürzt wiederabgedruckt in: Ostprobleme, Jg. 16, 1964, S. 463.

Toma, Valentin: Rumänien zwischen Rebellion und Integration, in: Europa-Archiv. Beiträge und Berichte, Jg. 18, 1963, S. 811-818.